

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. Oktober 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsrate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 123

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Das Problem des Volksstaates. — Zum Kapitel „Feld- druckereien“.

**Beiträge zur Frage der Volksernährung:** Der Weg zum Ab- grund. — Fleischversorgung in Sachsen. — Die Buchdrucker als Elstehinder.

**Korrespondenzen:** Bremen. — Leer. — Mühldorf. — Walden- burg i. Schl.

**Rundschau:** Nachahmungswertes Beispiel. — Gehilfenprüfungen. — 60 Jahre Amtsblatt. — Gewerkschaften und Staat. — Wohnungs- reformkundgebung und Organisationen. — Darlehen für Kriegs- beschädigte. — Gegen die Fahrkartenzuschläge.

## Das Problem des Volksstaates

(Nachdruck verboten.)

Aufwärts immer, rückwärts nimmer!

Vor 100 Jahren wurde Deutschland, nach wirk- samer Vorbereitung der Freiheitskämpfer und energi- schen Kriegstaten der Freiheitskämpfer, eine selbst- ständige Nation. Das bedrängte Volk atmete er- leichtert auf.

1870/71 formten Meer (Volk) und Regierung den Bundesstaat Deutschland, der mit wenigen Aus- nahmen die deutschen Stämme einigte. Der Auf- bau dieser Staatengemeinschaft mußte gelingen, weil derselbe in hohem Grade moralisch und sittlich ge- wählt war. Das juristisch dabei Entscheidende ist, daß der eine Staat dem andern nicht seinen Willen und sein Gesetz auferlegen darf, sondern daß jeder Staat einzig und allein durch seinen souveränen Willen sich Einschränkungen zugunsten der andern Staaten auferlegt. So bildete das Deutschland nach dem sechsten Abschnitt der Verfassung ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinsamer Zoll- grenze. Eine neue politische Größe war in Europa ins Lebens getreten!

Nun kommen wir zur Gegenwart, in der noch der gewaltige Weltkrieg wütet und die Menschheit und die Kultur der europäischen Erde gefährdet. Noch am Grabe pflanzt sich die Hoffnung auf! Und so glaubt der Volksidealismus, daß diese blutige Periode, wenn sie abgeschlossen ist, uns und unser Deutschland einen weiteren Schritt auf- und vor- wärts bringen wird. Die Sehnsucht des deutschen Volkes geht nach einer politischen Nation oder einem Volks- staat, in dem Licht und Schatten gleichmäßig ver- teilt sind. Das Volk in seiner Totalität erwartet nach den großen Kriegen einen Blut und Gut, daß die Staatsmaschine in Technik, Kraft und Führung für die Zukunft durch tüchtige Ingenieure umgearbeitet werde. Die Gesetze der organischen Entwicklung verlangen außerdem vom Volk eine derart ent- schiedene Haltung, an der die Staatsregierung nicht achlos vorbeigehen darf.

Soll von einer Neuformation des Staates ge- sprochen werden, ist Klarheit darüber vonnöten, was der deutsche Staat jetzt eigentlich für die Volks- glieder darstellt.

Deutschland ist ein monarchisch-konstitutioneller Staat; d. h. jenes eigenartige aus Krone, Meer, Ver- waltung und Volksvertretung bestehende Gerippe des Volkshörpers, das ein scharfes, klares und inniges Verhältnis zwischen Volk und Vaterland offen läßt. Der Inhalt der Staatsangehörigkeit ist das Untertanenverhältnis mit allen in ihm ruhenden Pflichten und Rechten. Was die Pflichten angeht, so hat der Staatsangehörige dem Staate Gehorsam und Treue zu leisten. Das Treueverhältnis hat nicht nur einen moralischen, sondern auch einen rechtlichen Charakter; dem letzteren entstammen die besonderen

Strafvorschriften gegen Deutsche wegen Verrats am Vaterlande, die Vorschriften über die Wehrpflicht zum Schutze des Landes, andererseits die Vorschriften, durch die Ausländer von Ehrenämtern (Selbstver- waltung, Schöffens- und Geschworenendienst) sowie von den Wahlen zu Volks- und Gemeindever- tretungen ausgeschlossen sind. Das Volk stellt folglich eine lose Masse dar, ohne direkte Rechte an den Staat. Die Untertanen haben nur Anspruch auf Schutz in gesundheitlicher, sächlicher, persönlicher Art und Weise. Die Teilnahme an den Staatsgeschäften selbst beschränkt sich für die Untertanen in der Haupt- sache auf die Ausübung des Wahlrechts und die Aufbringung der Verwaltungskosten. Und trotz der geringen absoluten und tatsächlichen Rechte braucht der Staat das Volk in seiner Gesamtheit und er- zieht es zu diesen Pflichten und Aufgaben. Die Pädagogik in Schule, Kirche und beim Militär ver- mittelt diese nationale Entwicklung. Auf dem Weg ist auch das Deutschland der Arbeit und Pflicht er- standen, vor dem die Welt zittert.

Der Gang dieser einseitigen Erziehung ist aus- gelaufen. Das Volk verlangt heute mit Recht mehr; denn es hat an allen Fronten geblutet, gelitten und ist auch in heldischer Größe und Schlichtheit ge- storben, weil das Vaterland in Gefahr sich befand. Nun muß es Sache der Staatslenker sein, auch in der Vorstellungswelt des gesamten Volkes den herrlichen Gedankengang auferstehen zu lassen: „Deutschland ist unser Staat, wir sind der Staat, der Staat sind wir alle!“

War bislang Nation und Nationalität nur Dich- tung und Schein, muß jetzt eine materiellere Be- wertung dieser Substantive erfolgen. Durch klare, freie Regierungsformen und -normen ist zu zeigen, daß der Staat keineswegs ein Instrument der herrschenden oder besonderer Klassen, sondern daß selbst der gemeine Mann — ein häßlicher und un- zeitgemäßer Ausdruck des Militärs — zur geschicht- lichen Gemeinschaft auch tatsächlich und vollgültig gehört. Menschen erster und zweiter Klasse darf es in einem Staate des 20. Jahrhunderts nimmer geben! Wir sind alle Brüder einer Nation und verwandter Stämme. Aus dem Grunde muß die Regierung aus dem Untertanen einen Staatsbürger machen.

Wenn in großer Stunde der Weltgeschichte der- artige kleinliche Verhältnisse bestehen, ist das Volk zum großen Teile selbst schuld. Wieso? Der politisch sehr gleichgültige Deutsche fühlte sich in seinem philisterhaften Staate heimlich und zufrieden. Außer- dem zersplitterte sich das deutsche Volk in über viele Parteien politischen und kirchlichen Charakters, was häufig den Regierungen hinderlich war, um die schwer und blutig errungene Einigkeit der deutschen Stämme aufrechtzuerhalten. Das Volk zeigte bis 1914 eine unverantwortliche historische und politische Unreife, die erst der Schützengrabenkrieg im Welt- krieg beilegte hat. Jeder Kämpfer der Front weiß heute, daß er für das Land der Väter kämpft. Nach dem Völkermorden will er nun auch den Ge- sellschaftsinhalt dieses schönen Landes mit dem schwer- fälligen Staatswesen verbessern helfen, damit es im Innern wohllicher und behaglicher werde, und nach außen hin bei den freieren Völkern keinen Anstoß mehr erzeuge.

Sier sind es in der Hauptsache England, Frank- reich und Amerika gewesen, die den Deutschen mit der Nase darauf stießen, daß er sich sein Staats-

wesen und seine Regierung näher ansehe. Der Deutsche braucht scheinbar derartige derbe Aufrichte- lungsmethoden, weil vom 17. bis 19. Jahrhundert fremdländische Meere im Lande wütekten. Der Über- gang vom Unterdrückten zum Freien ist stets schwer; solche Entwicklungslinie nimmt Menschenalter in Anspruch. Wenn jetzt der Weltkrieg das Volk zu politischer Arbeit aufmuntert und befeelt, ist schließlich manches Verfaultes im eignen Hause noch gut zu machen. Eintretende Müdigkeit und Nachlässigkeiten müssen die Berufs- und Parteivereine durch ent- sprechende Pädagogik (Unterricht in Geschichte und Staatsbürgerkunde) heben und beseitigen. Es gilt hier um heilige Dinge und Werte, da darf vor keiner Mühe und Arbeit zurückgeschreckt werden. Verpaßt das Volk die glückliche Minute, bringt diese keine Ewigkeit zurück.

Die Hauptaufgabe der Zukunft besteht darin, daß der Obrighkeits- und Bureaufkratenstaat mit dem anzuklebenden Volksstaat in Einklang gebracht wird. Der Behörden- und Beamtenstaat muß kleiner werden und der Volksstaat durch das parla- mentarische System auf dem Boden der Selbstver- waltung wachsen und emporstieigen. Dieser Ent- wicklungsprozess ist schwer durchführbar und be- schäftigt zwei Generationen von Menschen. Erhält das Volk ein freies, gutes Wahlrecht, und wählt die Regierung die notwendigen Männer der Ver- waltung auch aus der Volksintelligenz, also nicht einseitig aus Geburts- oder Geldadel, wird der Prozess sich allmählich und ohne Revolution durch- setzen. Selbstredend sind da für das Volk Mit- regierung und Mitverantwortung übereinstimmende Begriffe. Außerdem muß die deutsche Verfassung mit den in Zusammenhang stehenden Gesetzen und Verordnungen lückenlos und objektiv durchgeführt werden. Eine unsehbare Forderung mit großen Zielen!

Das deutsche Volk kann und muß eine derartige Reform verlangen, weil sein welpolitisches Ansehen sonst auf dem Spiele steht. Unser Kollege Scheide- mann sagte es sehr richtig in seiner prächtigen Rede auf dem sozialdemokratischen Kriegsparteitag, mit der er der Würzburger Woche den Höhepunkt schuf: „Deutschland braucht die Demokratie, um leben zu können!“ Und uns allen hat er am 18. Oktober, dem Tage der napoleonischen Völkerschlacht, die den Stern des Gewaltmenschen, der es mit einer Welt aufnehmen wollte, erleichen machte, aus dem Innersten gesprochen mit dem fundamentalen Satz: „Ein tüchtiger Volkswille zur Freiheit wird auch stark genug zum Frieden sein, stark nicht durch Waffenrüstung.“ Heutzutage ist mit Macht allein nicht mehr erfolgreiche Außenpolitik zu führen, viel- mehr müssen Recht und öffentliche Meinung des Volkes die Schlüssel des Erfolges einer groß- zügigen und gerechten Innen- und Außenpolitik bilden!

Essen.

P. G.

## Zum Kapitel „Felddruckereien“

In Nr. 111 des „Korr.“ unternahm es ein Kollege, der seit Jahre und Tag im Felde steht, die Verhältnisse der Felddruckereien vom Standpunkte des Fachmannes aus selbständig zu beurteilen. Dabei warf er die Frage auf, ob es als eine militärische Notwendigkeit bezeichnet werden könne, angesichts des übergroßen Mangels an Arbeitskräften in der Heimat so viele und umfangreiche

Druckereibetriebe im besetzten Gebiete belassen zu lassen, und antwortete darauf mit einem glatten Nein. Ehe mit der Zusammenlegung der Betriebe in Deutschland begonnen würde, sollte eine weit eher mögliche Zusammenlegung der Felddruckereien vorgenommen werden. Auf den am Schlusse des in Rede stehenden Artikels ausgesprochenen Wunsch, es möchten die Ausführungen des Verfassers noch vervollständigt werden, um aus dem gewonnenen Material Vorteile für das Gesamtgewerbe zu gewinnen, sind uns von selbigen Kollegen zahlreiche Zuschriften gegangen. Im großen und ganzen stimmen sie alle den gleichen Forderungen. Einzelne gehen speziell auf den sehr fraglichen Nutzen der vielen Feldzeitungen für die Allgemeinheit ein, während andere den technischen Betrieb und insbesondere die große Papierverschwendung kritisieren. Durchweg aber wird das in Nr. 111 Gelegte vollumfänglich bekräftigt und zum Teil bekräftigt und stark unterstrichen. Nur „Ein selbiger Buchdrucker“ wußte zur Sache selbst nichts Bescheid zu sagen, weshalb er mörderisch schimpfte und wie ein echter Landknecht suchte. Er fürchtete anscheinend, es könnte ihm sein warmes Nest in einer Felddruckerei zertrübt werden, und das möchte er doch vermeiden wollen — um seiner selbst willen. Das mag zwar menschlich begreiflich sein, indes dem Allgemeininteresse ist mit solchem Standpunkte nicht gedient. Allgemeine Berufsinteressen aber kommen gerade bei der drohenden Zusammenlegung von Buchdruckereien in Frage, und die zunehmende Besorgnis aller Buchdrucker — auch der selbigen — vor den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die das graphische Gewerbe während und nach der Kriegszeit zu überwinden hat, ist durchaus verständlich.

Fast scheint es, als ob heute jede, selbst die kleinste militärische Formation einen gewissen Ehrgeiz daransetzt, eine eigene Druckerei zu besitzen. So schreibt uns ein Kollege, daß sich in seinem derzeitigen Standort, einer mittleren Stadt von etwa 36000 Einwohnern, nicht weniger als zehn Militärdruckereien befinden, die sich ohne weiteres auf mindestens die Hälfte „zusammenlegen“ ließen. Um so eher, als nicht wenige derartiger Druckereibetriebe einer sachmännlichen Leitung entbehren, sondern von Laien, Offizieren oder Unteroffizieren, denen eine Anzahl Schreiber und Ordonanzen beigegeben sind, geleitet werden. Für den Sachmann ist es sicher kein erhebendes Gefühl, sich von Nichtfachleuten kommandieren zu lassen und sich selbst fachtechnischem Bildnis zumiß hilflos gegenübergestellt zu sehen. Aber die Ausführungen des Artikels in Nr. 111 des „Korr.“ bemerkt der betreffende Kollege, sie seien ihm direkt aus der Seele geschrieben und fährt dann fort:

„Auch ich hatte das Glück, von der Front in eine Felddruckerei abkommandiert zu werden. Mein Glück war jedoch derart groß, daß ich, nachdem ich mir die „Betriebsverhältnisse“ nur drei Tage lang angesehen, mich wieder freiwillig wegmeldete, welchem Gesuche jedoch nicht stattgegeben wurde, so daß ich nicht wußt oder über in diesen „buchdruckerlichen Anfinn“ hineinfinden mußte. In der Hauptsache wird hier ein „Verordnungsblatt“ hergestellt, außerdem jedoch noch alle möglichen Formulare und Verordnungen. Die Stärke des zweimal wöchentlich erscheinenden Blattes schwankt zwischen vier bis zwölf Seiten, je nach Eingang der Beröffentlichungen der verschiedenen Ressorts. Nun ist aber die Sahanordnung auch so, wie das kürzlich im „Korr.“ unter „Rundschau“ sehr treffend von einem „Umschläffern“ geäußert wurde, daß des öfters ganze und halbe Seiten leer bleiben, trotz des doch genugam anerkannt und beklagten Papiermangels. Dieses Verbleiben ließe sich jedoch ganz leicht beseitigen, wenn weniger dringliche Bekanntmachungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden könnten. Doch das gibt es nicht! Was kommt muß gleich rein. Wie mit dem jetzt so kostbaren Papier „gespart“ wird, möge folgendes kleine Beispiel zeigen: Außer rein technischer Sacharbeit müssen wir auch das Falzen, Bescheiden, Packen usw. erledigen und dieshalb häufig die Hände reinigen. Seife wird unzureichend, Handtücher gar nicht geliefert. Dafür steht aber am Wajchzuber ein Ballen schönen, sauberen Zeitungspapiers, wovon im Durchschnitt jeder zum Abtrocknen der Hände mindestens zwei bis drei Bogen benutzt. Die Menge also auf diese „rationelle“ Art in verhältnismäßig kurzer Zeit verschwendeten Papiers würde ganz gut ausreichen, einem kleinen Messer sein Wochenblättchen ein ganzes Jahr lang mühelos drucken zu lassen. Unter uns zehn Bachulken (für 53 Pf. Tagelohn) befinden sich zwei ältere Prinzipale, ein Altkadett, vier ältere und drei jüngere Kollegen. Wenn die mit ihrem fachtechnischen Können nicht den Starren im Geleise hielten, dann würde er ohne weiteres bald festgefahren sein.“

Einige andre selbige Kollegen zogen Vergleiche zwischen der großen Papiernot der Berliner Zeitungen und den Feldzeitungen, die Papier in Fülle und Fülle bekommen. Es sei bereits so weit, daß erst zu nehmende bedeutende Zeitungen in beschränktem Umfang erscheinen müßten, während sich die sogenannten Kriegszeitungen mit ihrem höchst einseitigen Lesestoffe den Luxus erlauben könnten, nämlich sechs und sogar acht Seiten Papier zu vergeuden, bei Auflagen, die nach Tausenden zählen. „Bald scheint es“ — so wird in einer Einwendung ausgeführt — „als ob die Frontzeitung die Heimatpresse wirtschaftlich in den Hintergrund drängen sollte. Es wäre zu begrüßen, wenn aus dem Gewerbe heraus bei der Militärverwaltung energische Schritte unternommen würden, um das Aufleben immer neuer Felddruckereien zu unterbinden und die Zahl der bestehenden zu verringern. Auf welcher Basis sich manche Frontzeitung aufbaut, darüber sind sich selbst die Gelehrtesten nicht einig, und mancher mit einer Feldzeitung Bedachte kann es nicht lassen, weshalb man ihn gratis und franko mit solchem Geschreibsel fraktiert.

Der Schrei nach Arbeitskräften, nach Papier, ja nach sämtlichen Rohmaterialien ist in der Heimat groß. Und doch ist es Tatsache, daß sich in dieser Beziehung die Felddruckereien nicht zu beklagen haben. Arbeitskräfte werden kommandiert, sie kosten nichts und können nichts dagegen tun, wenn ihre mühsam erworbenen Fachkenntnisse militärisch-disciplinär ausgebeutet werden. Es würde zu weit führen, wollte man die Verschwendung von Rohmaterialien in diesen Felddruckereien erörtern. Zwecklos werden solche Zeitungen, wie sie auch alle heißen mögen, in die Welt gesetzt, denn von allen Frontsoldaten lehnt sich nicht ein einziger danach. Eine Ausnahme machen höchstens die Verleger der über einen Kasten geschlagenen Artikel und Gedichte. Der Druck ist mitunter noch nicht ganz trocken, da hat das Feldjargon bereits irgendwo das Geißliche gelehrt. Die geistige Nahrung, welche diese Frontzeitungen vermitteln, wird von den Verbrauchern als Marmelade bezeichnet, so süß, so zuckerreich und doch nicht genießbar, weil sie dem gesunden Menschenverstande nichts zu bieten vermag. Wirtschaftlich soll Deutschland auf jedem Gebiete bestehen, deshalb ist auch dem graphischen Gewerbe ein Hindenburg zu wünschen, der sich der feindlichen Front bemächtigt und die Felddruckereien, so weit sie keinen ausschlaggebenden Zweck erfüllen, aus der Welt schafft. Sie beeinträchtigen nur die Wirtschaftskraft der deutschen Presse, an deren Erhaltung auch die Arbeiter großes Interesse haben.“

Eine dritte Art von Einwendungen zum Kapitel „Felddruckereien“ behandelt die nicht im Interesse des notleidenden heimischen Gewerbes liegende Papier- und Materialverschwendung. Daraus geht hervor, daß diese Verschwendung bei der Herstellung von Drucksachen aller möglichen und unmöglichen Art leider ebenso groß ist wie bei den zahlreichen in starker Auflage gedruckten Feldzeitungen. Unter den uns als Beweismaterial überlassenen Drucksachen aus den verschiedensten militärischen Frontdruckereien befinden sich Programme und ziemlich belanglose Gedichte, deren Wert in keinem Verhältnis zu ihrer Länge steht, die zwecks Gratisverteilung in Auflagen bis zu 90000 Exemplaren hergestellt werden mußten. Von der Papierverschwendung für Drucksachen besonderer Art gar nicht zu reden. Und so etwas vollzieht sich in einer Zeit der schlimmsten Papier- und Materialnot und starken Mangels an Arbeitskräften. Wir meinen, es ist nach alledem für die berufenen Verleger unseres Gewerbes, im erster Linie für die Fachpresse, hinreichend Grund vorhanden, die Forderung einer Zusammenlegung der Felddruckereien und einer Verringerung der Feldzeitungen im Interesse des Gesamtgewerbes zu erheben.

## Beiträge zur Frage der Volks- ernährung

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit der Preispolitik in unserer Ernährungswirtschaft der Weg zum Abgrunde

beschritten wird. Ja, es ist schon ganz bedenklich die schiefe Ebene hinuntergegangen.

In der Magistratsversammlung in Nürnberg am 12. Oktober hat der Oberbürgermeister Dr. Gehler keinen Anstand genommen, anlässlich des von der Landesfeststelle für eine neue Käselieferung geforderten neuen Erzeugerhöchstpreises, der noch gar nicht gilt, zu erklären, daß eine solche Geschäftsführung der Weg sei, der zum Abgrunde führe. Wenn die Landesfeststelle nicht zu dem geforderten Höchstpreise liefere, solle sie den Preisunterschied selbst decken. Der Stadtmagistrat werde abwarten, ob sich ein Gericht findet, das ihn verurteilt. Es ist also schon so weit gekommen, daß amtliche Zentralfellen den Kommunalverbänden Lebensmittel nur zu demnachstigen Preisen liefern; die geforderten Höchstpreise hängen in der Luft. Es ist das gerade so, als wenn die Arbeiter erklären würden, zu den durch Vereinbarung festgesetzten Löhnen nicht zu arbeiten, es könne das nur zu höheren gehen.

Die Preispolitik des Reiches hat den Profitpatriotismus geradezu geizig. Er ist unerfänglich. Die Bevölkerung muß den Leuten, die das Wort vom Durchhalten zu einer blutigen Phrasen gemacht haben, für Nahrungsmittel nicht nur schlimmste Wucherpreise zahlen, die von den maßgebenden Behörden ohne Bedenken gesetzlich legitimiert werden, sie bezahlt ihnen auch noch die Kriegsanleihen. Den guten Finanzstrag steckt aber die geldverdienende Gemeinheit ein.

Die Verzögerung der Landwirtschaft ist empörend. Mit den Liebesgaben in vielerlei Gestalt: Schnelligkeitsprämien, Druckprämien, Anfuhrprämien usw., reißt es nicht ab. Es kommen immer neue Anreizmittel in Anwendung. So hat man für den hannoverschen Kreis Korbdingen einen „Erfassungszuschlag“ eingeführt, damit das in großer Menge dort lagernde Obst abgeliefert wird. Bei Äpfeln und Birnen dritter Klasse kommen 5,50 Mk. auf den Erzeugerpreis. Den Weg der Beschlagnahme kennt also die Reichsstelle nicht, sie gewährt einen übertriebenen Gewinn, um das Obst nicht dem Verderben ausgehört zu sehen. Kann es noch höher gehen?

In Bayern beträgt der Zentnerpreis für Kartoffeln gemeinhin 5,50 Mk. Das wurde in einer Magistratsversammlung als unerhört hoch und als amtliche Ausbeutung der Bevölkerung bezeichnet. Der Oberbürgermeister erklärte, keinen Grund zu haben, die scharfe Kritik einzudämmen, er werde das Ministerium davon in Kenntnis setzen. Derselben wurde in Berlin und Leipzig Krach geschlagen, um wenigstens von den 10 Mk. als geltendem Preis abzukommen. Und das bei einer glänzenden Kartoffelernte! Es ist zum Gottserbarmen, daß sich da noch kenntnisreiche

Leute finden wie Calwer, die von festem Preiszwang abraten. Der Krieg aller gegen alle ist ihnen noch nicht weitgehend genug. Der elende Profitpatriotismus gefährdet noch nicht genügend Deutschlands Existenzkampf. Die Kartoffelpresse zeigen die ganze Ohnmacht unserer Ernährungspolitik. Sogar von einflussvollen Landwirten — sie können allerdings gesucht werden — werden Stimmen laut, daß es fallächlich auch anders ginge.

Das Brot wird ebenfalls teurer und durch die Kartoffelkredung obendrein schlechter. Butter, Eier, Milch folgen den erschreckend hohen Preisen für Ölf und Gemüse. Mit dem Fleische wird es bald ebenso kommen. Die Wucherwirtschaft erfrecht sich aber auf alle andern Artikel. Die Kohlen sind auch wieder teurer geworden. Das das rheinisch-westfälische Kohlenhandwerk in der die Erhöhung beschließenden Verammlung geleht 50 Mill. Mk. Kriegsanteile zehne (insgesamt nun 155 Mill. Mk.), bildet eine förmliche Bestätigung dafür, daß der eine zehnte und die andern bezahlten. Für Kleidung und Schuhwerk müssen sichwindend hohe Preise angelegt werden, wobei das Gezänk, wodurch eigentlich das Schutzeug so verteuert wird, lediglich ein Neben ist, daß es nicht mit richtigen Dingen geht. Mit allen andern Bedarfsartikeln ist es ebenso oder ähnlich. Die Landwirte sind es aber nicht allein, überall hat der Gemeinnutrieb die häßlichsten Formen angenommen. Gewerbe, die nicht für den unmittelbaren Bedarf arbeiten, werden auch in diesen Strudel gezogen; hier zwingen die unverkäuflichen Materialpreise dazu. Bis zum Frühjahr werden wir in Verhältnisse geraten sein, daß der Abgrund erreicht ist.

Wir befanden uns kürzlich im Irrtum, als wir schrieben, der Reichstag hätte zu dem Verlangen, einen Teil der Versteuerung für Lebensmittel auf das Reich zu übernehmen und eine Einrichtung wie mit der billigen Fleischzulage in diesem Sommer zu schaffen, nicht Stellung genommen. Das ist insofern geschehen, als im Hauptauschuß zwei sozialdemokratische Anträge angenommen wurden: 1. die Prämien für zeitige Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte auf das Reich zu übernehmen, 2. für die minderbemittelten Volksschichten eine Preislenkung für die notwendigen Lebensmittel herbeizuführen unter Berücksichtigung der Einkommensverteilung und der Zahl der nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen. Der zweite Antrag allerdings in der abgewandten Form, daß die Gemeinden dies bewerkstelligen sollen, eventuell mit Zuschüssen des Reiches und der Bundesstaaten. Wenn in der Reichstagsitzung vom 11. Oktober zwar Zustimmung erreicht wurde, indem eine Erhöhung des Kriegswohlfahrtsfonds in Aussicht gestellt wurde, womit dann den Gemeinden Beihilfen gewährt werden könnten, so ist nicht viel dadurch gewonnen. Die Gemeinden sind schon viel zu sehr überlastet durch die besonderen Aufwendungen infolge des Krieges. Der erstere Antrag wurde dagegen unverändert von der Volksversammlung angenommen.

Man sieht also, die Erkenntnis ist da, daß es nicht so weitersehen kann. Das will etwas heißen. Aber es ist schon zu weit gekommen, daß noch eine jährlbare Erleichterung herbeigeführt werden könnte. Zudem würde sich diese geringe Abschwächung nur auf einen Teil des zum Leben Notwendigen erstrecken.

Die Arbeiter und alle diejenigen, die von der Hand in den Mund leben, sind also gezwungen, sich nach Kräften dagegen zu wehren, daß sie nicht vollends zwischen die Mühlsteine geraten. Das bloße Wort vom Lohnwucher kann sie nicht erschrecken, denn sie sind doch in erster Linie und in schlimmster Weise die Ausgeplünderten. Es ist traurig, daß ein Staat, der es mit einer Welt von Feinden aufzunehmen vermag, gegen den inneren Feind von einer unvergleichlichen Schwäche ist. Die Arbeiter müssen also kräftiger zum Selbstschutze greifen. Möge das Unternehmertum mit den Stellen darüber rechten, die uns in die Sackgasse dieser unsinnigen Preispolitik geführt haben.

Ein besonderes Unglückskapitel ist und bleibt die einzig dastehende

Fleischversorgung in Sachsen, der hier schon mehrfach unruhliche Erwähnung getan wurde.

Man wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit die Absicht, zwei fleischlose Wochen einzuführen, durch das Eingreifen der Reichsstellen stop verhindert wurde. Als dann in der dritten Septemberwoche in Berlin Störungen in der Viehzufuhr eintraten und demzufolge auch in der Fleischlieferung, da wurde mit der an den sächsischen Behörden schon nicht mehr verwunderlichen Ungenüchtheit einfach hinausposaunt, in Berlin und andern Großstädten gäbe es weniger Fleisch. Die (alten) Verurteilungen auf schlechtere Verhältnisse anderswo kennt man schon; sie bilden nur den Vorwand, noch ein übriges zu tun. Das war schon im Juni so, als Leipzig mit totaler Einstellung der Beleuchtung begann. Es stellte sich aber bald heraus, daß man in einigen Städten nur zu der sogenannten Nichtlaternenbeleuchtung übergegangen war. Nach sieben Wochen dunkelstem Deutschland ließ man in Leipzig von diesem Rekord wieder ab. Die Messe stand vor der Tür...

In Sachsen mit seiner so starken Industriebevölkerung ist also lei der Berliner vorübergehenden Störung die Fleischration gekürzt worden, obwohl Dr. August Müller in Dresden den zuvor gar eine Erhöhung als wahrscheinlich genannt hatte. Berlin hat nun jetzt den damaligen Ausfall an Fleisch nachgeliefert. Die geduldeten sächsischen Bevölkerung aber darbt, und sehr bald werden die geplanten wiewenigen zwei fleischlosen Wochen auf diese Weise herausgeschlagen sein, denn das Regenempep 100 x 5 ist doch einfach. Dabei sind die Behörden sehr empfindlich über das Gerede, wie die Sache geschoben wird. Wenn man die Reden gelesen hat, die bei den unter Befehligung

aufschüsslicher Vertreter vorgenommenen Beschäftigungs-  
reihen des Viehhandelsverbandes jüngst gehalten wurden,  
und steht statt einer Besserung nur Verschlechterungen,  
dann muß man an die Beschlüsse einmal die einbring-  
liche Frage richten, ob sie denn glauben, daß so noch lange  
die Arbeiterfähigkeit Sachsen arbeitsfähig bleiben kann.

Leipzig ist wie immer ein einiges „voraus“. Unter  
der neuen Auskultel — was darin geleistet wird, muß  
billigerweise anerkannt werden —, künftig allschlaftenes  
Gleis geben zu können, wagt man in der laufenden  
Woche nur 100 g Fleisch und 50 g Wurst zu bieten. Es  
soll sich nur um eine einmalige Herabsetzung handeln —  
bis zum nächsten Male. Zum Troste werden 125 g einer  
„guten Küllensrüchuppe mit Fettsalat“ geliefert. Wäh-  
rend im nahen Preußen der (sic noch reichende) Span-  
ferkelmord über den Karstenlaß hinaus zu erhöhten Fleisch-  
genüssen verhilft, kann man im gelobten Sachsenlande sich  
die Zähne wund stoßern nach den Überbleibeln der 100 g  
Fleisch für eine ganze Woche. Gehören Sachen und  
Leipzig denn nicht zu Deutschland?

In Nr. 120 wurde in einem besonderen Artikel aus-  
geführt, daß

### Die Buchdrucker als Stiefkinder

auch in der Ernährungsfrage behandelt werden und zu  
Verlusten geraten, eine Besserung zu erzielen.

An einer drastischen Gegenüberstellung wollen wir noch  
zeigen, um wie vieles schlechter wir daran sind. In der  
vorigen Woche haben in den Leipziger Druckereien Alften  
zirkuhlerst zum Bezuge von Speck. Die Sache ist nach  
geliebterer Erkundigung einwandfrei zu nennen. Aber  
der Preis? 11 Mk. das Pfund! Was hat man da  
alles hören müssen! Das Bedürfnis ist bei jedem groß,  
einmal wieder von dem sagenhaft gewordenen Fett etwas  
zu erhalten. Die 11 Mk. bilden jedoch für die meisten die  
Klippe, woran die Sache scheitert. Nun denke man  
sich, mit welchen Gefühlen die Verzeichnenden auf die Ar-  
beiter leben müssen, die als Schwerstarbeiter in kürzeren  
Sektaktänden ein Viertelstund von dieser Gütergabe zu  
80 Pf. erhalten! Das kann auch in Druckereien neben-  
einander passieren, denn die Stereotypen und Schrift-  
gießer gehören ja auch zu den Hochbeglückten. Hier für  
das Pfund 3,20 Mk., dort 11 Mk. Die Sache erklärt  
sich erkerenfalls durch Ueberlegung von der Feldzeugmeisterei  
aus der Hindenburgspende.

Weiter: In den Rüstungsarbeiten sind auch andre  
Lebensmittelartikel zu verhältnismäßig billigen Preisen zu  
haben. Derjenige, der als Rüstungsarbeiter, was heutzutage  
ein schon weitgehender Begriff ist, einen im  
Vergleiche zum Buchdrucker beneidenswert hohen Lohn  
erhält, braucht z. B. für ein Pfund Kraut 6 1/2 Pf. anzu-  
legen. Der Buchdrucker aber mit seinem um vieles  
niedrigeren Verdienste muß 16 und 18 Pf. dafür bezahlen.  
In allem sind so die höchstlohnenden Arbeiter besser, die  
niedrigbezahlten bedeutend schlechter daran. Das heißt ja  
die Verhältnisse auf den Kopf stellen. Die Arbeit der  
Buchdrucker wird doch auch als kriegswichtig angesehen,  
warum also diese Zurücksetzung in Ernährungsangelegen-  
heiten?

Auf diesen schreienden Mißstand auch unsere Prinzipale  
aufmerksam zu machen, ist der Zweck dieser Zeilen. Sie  
müssen an den maßgebenden Stellen mit darauf drängen,  
daß im Interesse der Arbeitsfähigkeit ihrer Leute eine ge-  
rechtere Verteilung Maß greift. Was sind denn das alles  
für schwere Arbeiten in der Rüstungsindustrie? Mädchen  
mit leichtesten Verrichtungen erhalten solche Nahrungs-  
zulagen, der schwerarbeitende Buchdrucker aber steht als  
Stiefkind daneben; er hat ja eine „leichte Beschäftigung“!  
Dringen wir nicht mit einem Male bei den Ernährungs-  
behörden durch, müssen wir wieder und wieder kommen:  
Ruhig zusehen dürfen auch die Prinzipale nicht.

## □ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

**Bremen.** (Bezirksversammlung vom 14. Oktober.)  
Wie leider üblich, so mußte auch diese Versammlung mit  
der Ehrung von drei Kollegen beginnen, die auf dem  
Schlachtfeld ihr Leben lassen mußten. Nach Erledigung  
der „Verlebensmittellagen“ erfaßten die Vertrauens-  
männer Bericht über das Ergebnis der Eingabe der bi-  
sigen Gehilfenchaft an die Prinzipale um Gewährung  
einer einmaligen Beihilfe zur Beschaffung des Winter-  
bedarfs. Die Antwort lautete, von einigen Ausnahmen  
abgesehen, übereinstimmend dahingehend: die Wünsche der  
Gehilfen seien wohl berechtigt, doch könne diesen vorläufig  
nicht entsprochen werden, da erst das Ergebnis der Tarif-  
auschusslösung abgewartet werden müsse. Es soll mit dem  
örtlichen Prinzipalsverein weiter darüber verhandelt  
werden. Sodann befaßte sich die Versammlung mit den  
Aufgaben der Tarifauschusslösung, wobei zum Ausdruck  
kam, daß unbedingt das Einkommen der Gehilfen erhöht  
werden müsse. Folgende Resolution gelangte zur An-  
nahme: „Die am 14. Oktober tagende Versammlung des  
Bezirksvereins Bremen des Verbandes der Deutschen Buch-  
drucker erwartet vom Verbandsvorstand und den Gehilfen-  
vertretern, daß sie alles daran setzen werden, um bei der  
bevorstehenden Tarifauschusslösung die äußerst gedrückte  
wirtschaftliche Lage der Gehilfen nach Möglichkeit zu heben.  
Die Versammlung ist sich darüber klar, daß das Buch-  
druckgewerbe kein Kriegsgewerbe im engeren Sinne ist,  
vertritt aber den Standpunkt, daß das Gewerbe so viel  
aufbringen kann und muß, daß beide Teile, Prinzipale  
und Gehilfen, ihre Existenz sichern können, soweit  
es die Gehilfenchaft betrifft, in letzter Zeit leider nicht  
mehr der Fall ist.“ Kartellbericht und einige örtliche An-

geleglichkeiten bildeten den Schluß der sehr gut besuchten  
Beratung. — Am 7. Oktober konnte der Kollege  
A. Farer, Meister bei der Firma Schünemann, in sel-  
tener Rüstigkeit das goldene Verbandsubstitutum feiern.  
Es war längere Zeit Gaukaffierer. Seitens des Gau- und  
Bezirksvorstandes sowie seiner Arbeitskollegen wurde der  
Subilar mit Glückwünschen und Ehrungen reich bedacht.

**Leer.** Wenn jetzt im „Korr.“ wiederholt zu lesen  
ist, daß bei der diesmaligen Tagung des Tarifauschusses  
eine durchgreifende Änderung der Erhöhung der Löhne er-  
folgen müsse, ebenso die Auffassung über den Steuerungs-  
unterschied zwischen der „goldenen“ (I) Provinz und der Groß-  
stadt zu revidieren sei, so kann dem nur beigepflichtet  
werden. Denn es muß leider festgesetzt werden, daß die  
Löhne in unerm Gewerbe längst nicht den teuren Ver-  
hältnissen Rechnung tragen; eine Erhöhung, die schon vor  
dem Kriege zu bemerken war. Kann man auch  
unsre Löhne nicht vergleichen mit denen in der Rüstungs-  
industrie, so muß man doch feststellen, daß die Löhne nie  
einen annähernden Ausgleich fanden, wie er den Ver-  
hältnissen angepaßt wäre. Um zu zeigen, daß wir hier  
an der „Waterkant“ nicht auf Rollen gebettet sind, sei  
folgendes gesagt: Leer hat eine Gemeindefeuer in Höhe  
von 300 Proz., was bei Löhnen bis 45 Mk. wöchentlich  
eine jährliche Steuer von 110 bis 125 Mk. (Familie von  
vier Köpfen) ausmacht. Kommen hierzu dann die  
Wohnungsmiete usw., so kann man sich ein Bild machen,  
wie man auskommen soll. Sind auch in Friedenszeiten  
die Preise für Gemüse usw. mittelmäßig zu nennen, so ist  
jetzt festzustellen, daß der Unterschied zwischen Großstadt  
und Provinz nicht allzu groß ist. Bedenkt man, daß  
Wilhelmshaven, Bremerhaven und Bremen einen sechs-  
bis siebenfachen höheren Lokalaufschlag haben, während Aurich,  
Norden und vor allen Dingen Embden und Leer einen  
solchen von nur 2 1/2 bis 5 Proz., so kann man es ver-  
stehen, daß gerade bei den Lokalaufschlägen etwas anders  
verfahren werden muß. Nach einer kürzlich stattgehabten  
Regelung, an der drei Arbeitnehmer (darunter ein Ma-  
schinenführer), welche vom Regierungspräsidenten ernannt  
wurden, teilnahmen, kann man nun annehmen, daß in  
Zukunft nach einem Erlaße vom Frühjahr dieses Jahres  
hinsichtlich der Nahrungszulagen verfahren wird. Damit  
wäre der Unterschied zwischen Rüstungsindustrie und andern  
Berufen fallen gelassen und die Verteilung eine bessere und  
gerechtere.

**Mühlendorf.** Die Versammlung unseres Ortsvereins  
am 15. Oktober verlangte vom Verbandsvorstand und den  
Gehilfenvertretern, einbringlichst dahin zu wirken, daß auch  
Mühlendorf in bezug auf Steuerungsulage den Großstädten  
gegenüber gleichgestellt wird, da die Höchstpreise auch in  
der Provinz dieselben sind wie in der Großstadt. (Daß  
dies nur bei einigen zutreffen kann, beweisen die starken  
Unterschiede in der Calwerischen Statistik. Der erste  
Artikel in Nr. 118 hat das doch klar genug gemacht. Die  
Kartoffel als Hauptnahrungsmittel hat sogar unbegreifliche  
Unterschiede im Höchstpreis. In Bamberg hat man über  
dessen Bemessung auf 5 Mk. in der Magistratsitzung  
großen Ärger geschlagen und der Oberbürgermeister er-  
kannte diese Kritik als berechtigt an. In Berlin und  
Leipzig — anderswo vielleicht auch noch — belief sich der  
Höchstpreis für den Zentner Kartoffeln aber auf 10 Mk.  
Die Mühlendorfer Kollegen sollten nur einmal Gelegenheit  
haben, den Wert ihrer Behauptungen an den wirklichen Ver-  
hältnissen der Großstadt ermaßen zu können. Red.) Betreffs  
Einführung eines Lokalaufschlags bestehen wir darauf, daß  
von der bis jetzt ausschlaggebenden Mitgliedszahl Ab-  
stand genommen werden muß, Mühlendorf somit einen Zu-  
schlag beanprucht, wie All-Neuburg. Diese Forderung  
begründen wir damit, daß unsre Stadt Hauptknotenpunkt  
und zugleich Garnison ist.

**Waldenburg i. Schl.** (Bezirksversammlung.) Am  
7. Oktober fand nach dreijähriger Pause wieder eine Be-  
zirksversammlung in Waldenburg statt. Aus den Orten  
Diesdorf, Freiburg, Friedland, Glas, Gostesberg, Sabel-  
schwerdt, Rangenbielau, Neurode, Reichenbach, Schweidnitz,  
Striegau, Waldenburg und Wüstegiersdorf waren 86 Kollegen  
erkrankten; außerdem waren einige Feldgarden sowie Gau-  
vorsteher Fiedler anwesend. Aus dem Situationsberichte  
des Vorsitzenden Ächel ist zu entnehmen, daß bis jetzt  
im Bezirke 210 Kollegen eingezogen wurden; 30 davon  
sind für immer von uns gegangen. Ihr Andenken wurde  
in üblicher Weise geehrt. In die Frauen der Eingezogenen  
und deren Kinder wurden bis 30. Juni 1917 12000 Mk.  
ausgegeben. Kollege Fiedler hielt dann einen Vortrag  
über die gewerbliche und landwirtschaftliche Lage. In der sich  
anschließenden Aussprache trat recht deutlich hervor, daß die  
Löhne in unerm Gewerbe mit der jetzt herrschenden und  
vorausichtlich noch, steigenden Steuerung bei weitem nicht  
Schritt halten. Folgende Entschließung fand einstimmige  
Annahme: „Die heute tagende, karteiliche Versammlung  
des Bezirkes Waldenburg i. Schl. beauftragt den Gehilfen-  
vertreter, Kollegen Fiedler, bei der am 22. und 23. Oktober  
stattfindenden Sitzung des Tarifauschusses für eine gleich-  
mäßige, allen Gehilfen zu gewährenden Steuerungsulage  
ganz energisch einzutreten.“ Der Bezirksvorstand wurde  
durch Zuruf wiedergewählt. Mit dem Wunsche, die Ver-  
sammlung im nächsten Jahr in friedlichen Zeiten abhalten  
zu können, endigte die sehr ruhig und sachlich verlaufene  
Beratung.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Nachahmensewerkes Beispiel.** Die „Königsberger Kar-  
tungste Zeitung“ zahlte im September d. J. ihrem ge-  
samten Personal einen Wochenlohn als Steuerungsulage

aus, ferner stellte die Geschäftsleitung in ganz bestimmter  
Ausicht, daß zu Weihnachten wiederum ein Wochenlohn  
zur Auszahlung gelangen sollte. Im Erkrankungsfall er-  
halten die Gehilfen die Differenz zwischen Fränkensgehild  
und Lohn einschließlich der Überstunden ausgezahlt. Vor  
drei Wochen haben die Gehilfen 2—5 Mk. Lohnzulage  
erhalten.

**Gehilfenprüfungen.** Von dem Prüfungsausschusse der  
Handwerkskammer Berlin wurden 89 Gezeuger, 1 Stempel-  
lehrer, 67 Drucker und 2 Stereotypenre geprüft. Im den  
vielen schon in den Sommermonaten zum Militär ein-  
berufenen jungen Leuten Gelegenheit zur Ablegung der  
Gehilfenprüfung zu geben, wurden bereits im Mai, Juni  
und Juli Prüfungen abgehalten. Die Ergebnisse bei den  
Gezeugern waren: 20 „Gut“, 26 „ziemlich gut“, 33 „Ge-  
nügen“, 7 „kaum genügend“. Der Stempellehrer erhielt  
die Note „Gut“. Bei den Druckern waren die Resultate:  
8 „Gut“, 32 „ziemlich gut“, 24 „Genügend“, 2 „kaum  
genügend“. Die beiden Stereotypenre wurden mit „Gut“  
bewertet, 3 Gezeuger und 1 Drucker haben die Prüfung  
nicht bestanden.

**60 Jahre Amtsblatt.** Am 17. Oktober waren 60 Jahre  
verstrichen, seit die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ (Stab-  
und Dorfanzeiger) im Verlage von G. Kitzinger zum Amts-  
blatt für die königlichen Gerichtsämter Leipzig I und II,  
von Taucha und Markranstädt und für die Stadträte der  
genannten beiden Städte erhoben wurde.

**Gewerkschaften und Staat.** In der Wiener „Urania“  
sprach vor kurzem der Münchener Professor Lujjo Bren-  
tano über Kathedersozialismus, und gebachte dabei nach  
einem Berichte der „Wiener Arbeiterzeitung“ auch der  
Gewerkschaften in folgender Weise: „In den achtziger  
Jahren konnte auch Schmoller fragen: Wo sind denn die  
Gewerkschaften, von denen Sie immer reden? Knapp  
vor dem Kriege ähneln Sie trotz aller Verfolgungen, trotz  
der Anwendungen des Zensurparagrafen und des  
„groben Inthugs“, trotz aller staatlichen Schikanen zum  
Schutze der Arbeitswilligen vier Millionen Mitglieder.  
Im Kriege selbst haben sich Staat und Gewerkschaften  
gefunden. Wo wäre das Reich geblieben ohne die ge-  
waltigen Leistungen der Gewerkschaften, ohne die Mit-  
wirkung der vaterlandslosen Geistes? Wie haben andre  
Klassen im Vergleiche zur organisierten Arbeiterschaft ver-  
lag!... Ich habe in der Rolle, zu der die Gewerkschaften  
emporgemacht sind, auch persönliche Genugtuung  
gefunden und die Befähigung, das mein Weg als liber-  
aler Sozialreformer, der von der Koalitionsfreiheit der  
Arbeiter keinen Ausgang nahm, ein richtiger Weg gewesen  
ist. Groß und mächtig steht heute die gewerkschaftliche  
Organisation der Arbeiterklasse da. Der Stein, den die  
Bauleute einst verworfen haben, ist zum Schiffe ge-  
worden.“

**Wohnungsreformkündigung und Organisations-**  
In der Zeit nach Friedensschluß wird die Herabsetzung  
der Preise der Hauptlebensbedürfnisse eine ganz besondere  
Wichtigkeit gewinnen, denn der Ausgleich für Verände-  
rungen in den Löhnen wird vor allem in einer wesent-  
lichen Verringerung der Preise für Lebensmittel, Kleider  
und die andern groben regelmäßigen Bedürfnisse gesucht  
werden müssen. Eine sehr große Rolle unter diesen Gütern  
spielt da aber auch die Wohnung, und hier liegen bei der  
außerordentlichen Verteuerung des Bauens und dem vieler-  
orts zu erwartenden Wohnungsmangel die Verhältnisse  
sogar ganz besonders bedrohlich. Die Organisationen der  
Arbeiter und Angestellten wie alle sonstigen der Sozial-  
politik sich widmenden Körperschaften haben daher das  
allergrößte Interesse daran, daß ohne Verzug eine um-  
fassende und kräftige Wohnungsreformpolitik eingeleitet  
wird, die den Abständen wenigstens einigermaßen vor-  
zubeugen geeignet ist. Der Herbeiführung einer solchen  
Wohnungsreformpolitik gilt eine große Wohnungsreform-  
kündigung, die der Deutsche Wohnungsausschuss am  
30. Oktober, abends 8 Uhr, in Berlin im „Reingold“,  
Potsdamer Straße 3, als Vertreterversammlung der großen  
Organisationen und sonstiger Interessentenkreise veranstaltete.  
Der genannte Ausschuss stellt bekanntlich eine organische  
Zusammenfassung der weisen für eine kräftige Wohnungs-  
reform eintreffenden Kreise dar und ist daher zu einem  
solchen Eingreifen besonders berufen. Wir wurden ge-  
beten, auf die geplante Kundgebung besonders aufmerksam  
zu machen, was hiermit geschieht.

**Darlehen für Kriegsbeschädigte.** Das Zentralkomitee  
der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat sich der amt-  
lichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gegenüber bereit erklärt,  
für die Fälle, in denen dem örtlichen Provinzialvereine  
vom Roten Kreuz ausreichende Gelder für die Darlehens-  
gewährung an Kriegsbeschädigte nicht zur Verfügung  
stehen, einen größeren Betrag zur Gewährung unverzins-  
licher Darlehen an Kriegsbeschädigte bereitzustellen. Für  
die Fergabe derartiger Darlehen sind von dem Zentra-  
lkomitee im Benehmen mit dem Reichsausschusse folgende  
Gesichtspunkte aufgestellt worden: Die Fergabe der Dar-  
lehen erfolgt ausschließlich auf Vorschlag der zuständigen  
Sauptfürsorgeorganisation, die zu prüfen hat, ob der Kriegs-  
beschädigte nach seiner Person, seiner Vergangenheit, seinen  
Leistungen usw. eine Gewähr für die zweckmäßige Ver-  
wendung eines größeren Betrages bietet und auch eine  
Kontrolle über die zweckmäßige Anlegung und Verwen-  
dung der Darlehen ausübt. Berücksichtigt werden nur  
verheiratete kreblame Kriegsbeschädigte, denen durch das  
Darlehen die Wiederaufrichtung ihres bürgerlichen Daseins  
ermöglicht wird. Die Darlehen sollen im allgemeinen die  
Höhe von 2500 Mk. nicht übersteigen; sie werden unver-  
zinslich gewährt und sollen in der Regel in zehn Jahren  
getilgt sein; unter Umständen kann bei pünktlicher Zins-  
zahlung des Darlehensvertrages die Rückzahlung eines Dar-  
lehensrestes erlassen werden.

**Gegen die Fahrkartenzuschläge.** Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands, Sitz Leipzig, hat an sämtliche Eisenbahnerverwaltungen eine Eingabe gerichtet, in der er Befreiung von der Verkehrssteuer für die noch unbedingt notwendigen geschäftlichen Reisen und baldmöglichste Befreiung der Zuschläge fordert. Auch die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände wünscht Befreiung der notwendigen Reisen der Berufsverbände von den neuen Zuschlägen.

**Verschiedene Eingänge.**

„Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.“ 15. Jahrgang, 1917. Verlag Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg 5, Beim Strohhause 88. Die Besprechung dieses Werkes erfolgt wie üblich in untrer genossenschaftlichen Zudrit.  
 „Für Alle Welt.“ 83. und 84. Kriegsjahrgang, 23. Jahrgang. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 40 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Sio. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.

„Norddeutsche Wochenschrift.“ Zeitschrift für Buchindustrie, Buchgeschäft, Buchhandel und Buchamerikaner. Herausgegeben von Karl Lagerström in Stockholm. Zeit in schwedischer Sprache. Heft 9. Jahrgang 1917. Bezugspreis vierteljährlich 2,75 Kr. Jeden Monat erscheint ein Heft.  
 „Die Neue Welt.“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 1-3. 36. Jahrgang, 1. Band. Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart.  
 „Die Woche.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nr. 26-28. 3. Jahrgang, 1. Band. Preis jeder Nummer 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.  
 „Eingaben der deutschen Gemeindepölik.“ Von Paul Kirich. Preis 2,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

darüber keine genaue Auskunft geben zu können. Die gewünschten Nummern geben Ihnen zu. — H. B. aus Berlin: Lebenszeichen mit Freude aufgenommen. Beste Grüße von uns allen und Dank zugleich für die schwerlich zu lösenden Fragen, die von der verheerenden Wirkung des Krieges zeugen. — R. M. aus H.: Gefreit über Lebenszeichen nach langer Zeit. Das Freizeitsleben wäre aber besser als das Arztleben. — R. D. in Jett: 1,85 Mk. — G. D. in München: 7,85 und 1,95 Mk. — F. B. in Amberg: 2,30 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □  
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.  
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Briefkasten.**

F. M. in Berlin: Besten Dank! Das hoffen wir auch. — Landkurmammann P. Z. aus M.: Nur Mut, jede Wurst wird einmal alle Ihre Philippina gegen die Verarmungsschwärmer begegnete vollem Verständnis bei uns, und im übrigen freuen wir uns des für den „Korr.“ betätigten Interesses. — G. B. im Felde: Bedauern,

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
 Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Julius Wegmann, geb. in Rauenburg 1873, ausgl. dal. 1892; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

**Königl. Sächsische Landes-Lotterie**

110.000 Lose — 55.000 Klassenlose — 1 Prämie in 5 Klassen.

Jedes 2. Los gewinnt. Ziehung 1. Klasse am 1. Dez. 1917. Jedes 2. Los gewinnt.

800,000  
300,000  
150,000

Klassenlose (in jeder Klasse) 1/2 M 50.—  
 Voll-Lose (für alle Klassen) 1/2 M 125.— M 250.—

Paul Lippold Leipzig  
 Postcheckkonto: 50726 Leipzig

**Gau Bayern — Tarifkreis V**

Zur Berichterstattung über die Verhandlungen des Tarifausschusses finden folgende Versammlungen statt:

München: Sonnabend, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale des „Gewerkschaftshauses“.  
 Augsburg: Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Café Gronhof“ (Domplatz).  
 Nürnberg: Montag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale des „Historischen Hofes“.  
 Regensburg: Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthofe „Zum Ochsen“.  
 Weizburg: Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Thomaskeller“.

Referent: Gehilfenvertreter Joseph Selb (München).  
 Zum Besuche dieser Versammlungen ergeht freundliche Einladung an alle Mitgliedschaften und Kollegen.

**Korrektor**

der am Kasten ausbitt, sucht [161]  
 Buchdruckerei Ed. Ring, Düsseldorf.

**Korrektor und einige tüchtige Handsetzer**

zu sofortigem Eintritt gesucht. [186]  
 F. C. Saag, Messe in Kann.

**Schriftsetzer**

Begen militärischer Einberufung jüngerer Leute suche möglichst sofort einige im Satzsetz- und Anfertigung erfahrene, möglichst militärfreie [151]  
 Ernst Maris, „Generalanzeiger“, Mühlheim (Ruhr).

**Tüchtige Setzer**

für Anzeigen und Satzsetzungen sucht [162]  
 Buchdruckerei Ed. Ring, Düsseldorf.

**Acht bis zehn Setzer**

in Dauerstellung gesucht. [199]  
 Wagner & Co., Berlin SW 11, Möckernstraße 144.

**Schriftsetzer**

für Büßergesche Schnellsetzmaschine, selbständig arbeitend, sucht [198]  
 W. Bügenfeld, Berlin SW 48.

**Maschinenmeister, Typograph- und Monotypsetzer**

Alkzidenzsetzer, Werksetzer  
 jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. Oscar Brandtsetzer, Leipzig.

**Maschinenmeister**

(auch Kriegsbeschädigte) sofort gesucht. [122]  
 Oskar Weiner, Leipzig, Königsstraße 26 B.

**Maschinenmeister und Setzer**

werden zu baldigem Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten. Druckereigesellschaft Hartung & Co. m. b. H., Hamburg 25. [215]

**Erster Illustrations- und Farbendrucker**

in dauernde Stellung gesucht. [202]  
 Serz & Co., Nürnberg.

**Tabellensetzer**

sucht [121]  
 „Der Hofmarkt“, Berlin SW 68, Lindenstraße.

**Schweizerdegen**

für unsere Buchdruckerei in Wächern sucht die Buchdruckerei „Mitar“, Bihl (Baden). [185]

(Im Druckern verzeichnen)

**Mehreere tüchtige, möglichst militärfreie Alkzidenzsetzer**

zum sofortigen Eintritt gesucht. [44]  
 Hofbuchdruckerei Max Zahn & Co., Mannheim H 2, 2.

Für unsere langjährigen Obermaschinenmeister, welcher von seinem Beruf abgeht, suchen wir tüchtigen Kräfte [224]

**Maschinenmeister**

Neben der Beaufsichtigung des Personals muß sich derselbe auch praktisch im Betriebe betätigen. Hannoverische Geschäftsbücherei-Verlag W. Bismeyer Nachf., Hannover.

**Drucker oder Seher als Abzieher**

gesucht. Kriegsbeschädigter kann berücksichtigt werden. [190]  
 M. Bagel, Düsseldorf 112.

**Korrekturabzieher**

sucht zu baldigem Eintritt [216]  
 Druckereigesellschaft Hartung & Co. m. b. H., Hamburg 25.

**Schriftsetzer**

in allen Gattungen bewandert, sucht Stellung. [212]  
 W. Fuchs, Walderbach (Oberpfalz).

**Niedertafel „Gutenberg“ von 1877 = Hamburg-Altona =**

Halbjährliche Generalversammlung Sonntag, den 4. November, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 2 und 3).

Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Halbjährliche Rechnungslegung; 3. Anträge des Vorstandes zu den Paragraphen 3 und 8 der Satzungen für 1917/18; 4. Eventuelle Veranstaltungen; 5. Verschiedenes. [214]  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

**Berein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen**

Berlins  
 Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 2 Uhr, bei Sabel, Bergmannstraße 4-6; [211]

**Bereinsversammlung**

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Bericht von der Schriftgießerkonferenz; 3. Antrag auf anderweitige Regelung der Feuerungsanlagen; 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Das Amieren von der Schnellpresse zum Ziegel**

von Maxen zum Alkzidenz- oder Ziegeldruck erleichtert Ihnen das Druckhandbuch „Wie soll ich zurecht“. Preis 1,70 Mk. geb. postfrei. Voreinsendung oder Nachnahme vom Verleger M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20. [210]

**Ich zahle 5 Mk. monatlich und bestelle bei E. S. Otto & Co., Verlag, Berlin, Lichterfelde, Sändeplatz 4: [217]**

**Nataly von Gschtruths**

gesammelte Romane. Neue wohlfeile Ausgabe. 20 Bände gebunden 100 Mk. oder die illustrierte Ausgabe 20 Bände gebunden 120 Mk.

3 große goldene Medaillen erhielt Nataly von Gschtruth für ihre hervorragenden Leistungen. Aber 2 Millionen Bände dieser Romane sind bereits über die ganze Welt verbreitet. (Inferat bei Bestellung einfinden.)

**Georg Spizing**

an Herzschlag im 36. Lebensjahre. Wir werden das Andenken dieses braven Kollegen allzeit in Ehren halten. Berliner Korrektorenverein. [220]

**Ferdinand Köch**

aus Gmunden, im Alter von 36 Jahren. Am 14. Oktober verschied unser Kollege, der Seher

**Alwin Weinhaupt**

aus München, im Alter von 41 Jahren. Den beiden verstorbenen Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahren  
 Die Mitgliedschaft München.

**Hermann Chretien**

Auf dem Schlachtfeld in Flandern fiel unser lieber Kollege, der Maschinensetzer  
 Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. [208]  
 Ortsverein Jett.

**Otto Brehme**

aus Ballenstedt zu verzeichnen. Bis zu seiner Einziehung verlor er das Amt des Kassierers. Wir werden auch diesem viel zu früh geschiedenen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. [223]  
 Ortsverein Nordenham i. O.

**Eugen Dethloff**

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren [222]  
 Die Kollegen der Firma Hempel & Co., G. m. b. H., Berlin.

**Joh. Kerchensteiner**

Am 7. September erlitt den Heldenod unser lieber Kollege, der Maschinensetzer  
 Inanterior in einem bayr. Inf.-Reg. Inhaber des Eisernen Kreuzes  
 Wir verlieren in ihm einen braven, lebenswürdigen Verbandskollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
 Ortsverein Amberg.

**Wilhelm Hoffmann**

Seiner schweren Verwundung erlag am 1. September auf einem Verbandspfad unser lieber Kollege [221]  
 aus Poltwh (Schlesien).  
 Wir werden diesem auch für die Interessen des Verbandes kämpfenden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Ortsverein Striegau.

**Heinrich Kümme!**

Als Hohenfer aus unserm Bezirke fiel am 19. August unser lieber Kollege, der Seher [207]  
 Jäger in einem Reserve-Jäger-Batalion aus Hersfeld.  
 Auch diesem bewahrt ein bleibendes Andenken  
 Der Bezirksverein Marburg a. L.